Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5983, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 490. Dienstag, 7. Oktober 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Für die Befreiung vom Bolschewismus.

Aufruf des deutschen Freikorps in Kurland.

Mitau, 3. Oktober.

Die in Kurland stehenden deutschen Freikorps haben einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

An das deutsche Vaterland und alle Kulturvölker der Erde!

Schweren Herzens kämpfen wir mit dem Entschluß, entgegen den unter dem Druck der Entente gegebenen Befehlen unserer Regierung an der bolschewistischen Front auszuharren. Als Soldaten erzogen in der Pflicht des Gehorsams, glauben wir doch unser Gewissen höher stellen zu müssen, als den Gehorsam erzwungenen Befehlen gegenüber. Das Gewissen, das uns ermahnt, die Grenze unseres Vaterlandes zu schützen vor dem Ansagbaren, das der Durchbruch bolschewistischer Horden für unser Volk bringen würde, das Gewissen, das uns aufruft zur Befreiung der Menschheit von den unseligen Folgen des russischen Bolschewismus. Verwerfleht nicht diesen Ausbund menschlicher Irrlehren mit der Wahrheit einer sozialen Weltanschauung. Wir, die wir aus der Taufe der deutschen Revolution hervorgegangen sind, nachdem wir den furchtbaren Weltkrieg mitgemacht haben, wir kennen die Wahrheit und die wirkliche Kraft, die diese Weltanschauung in sich trägt. Nicht gegen sie richten sich unsere Waffen, nein, um sie zu erkämpfen und zu retten, wollen wir hier aushalten für Euch. Wenn wir hier draußen verharren wollen, dann tun wir es nicht aus imperialistischen oder kraftionären Gründen, eine unabweisbare Pflicht dem Vaterland und eine erhabene Aufgabe der Menschlichkeit gegenüber wollen wir erfüllen. Ueber den Haß, den der Weltkrieg zwischen den Völkern entfesselt hat, stellen wir die größte einigende Idee, für die wir kämpfen und sterben wollen: den gemeinsamen Kampf für die neueste soziale Weltanschauung, den Kampf zur Verteidigung der höchsten Religion gegenüber dem ärgsten Gift des entarteten Bolschewismus! Wenn es das Vaterland über sich bringen sollte, uns zu verlassen, wenn es die Staatsmänner anderer Nationen verantworten sollten, uns preisgegeben, dann gut, dann sind wir eben doch die letzten, die aus dem großen Krieg, der die Welt und ihre Moral zerrüttet hat, ihr Pflicht- und Ehrgefühl der Menschlichkeit gegenüber gerettet haben. Vielleicht gibt es noch einen Gott auf der Welt, der uns beisteht.

*

Die Reichswehr, die in Kurland steht, hat an das deutsche Volk und an die anderen zivilisierten Länder eine Erklärung gerichtet, in der sie die militärischen Befehle zur Rückkehr und zur Einstellung der Munitionsversorgung und des Truppennachschubes unter dem Zwange des Verbandes zustandegekommen bezeichnet. Sie glaubt dem Vaterlande den höheren Dienst zu leisten, wenn sie den Befehlen nicht Folge leistet, sondern in Kurland verbleibt. Die moralische Rechtfertigung für dieses Vorgehen erblickt sie einmal darin, daß nach ihrer Auffassung die Rückkehrbefehle nicht vom vaterländischen Standpunkte diktiert, sondern zwangsmäßig zustandegekommen sind, andererseits in der Notwendigkeit, die Revolution vom November vorigen Jahres gegen die bolschewistischen Umsturzbestrebungen zu schützen.

Die Erklärung der kurländischen Reichswehr ist zeitlich vor dem letzten Notenwechsel zwischen der Reichsregierung und dem Verbande und vor den kürzlich veröffentlichten Befehlen des Reichswehrministeriums erlassen. Selbstverständlich die Beweggründe sind, so verderblich und schädlich wäre es, wenn die Reichswehr heute noch sich in ihren Handlungen nach jener Erklärung richten. Wenn die Truppen nicht zurückkehren, könnte das als schlechter Wille des gesamten deutschen Volkes ausgelegt werden. Die weitere Folge wäre die, daß der Verband seine Drohungen verwirklichen würde: die Verhängung der Blockade, die Anwendung anderer Zwangsmittel. Dies käme einem Rückfall in den Kriegszustand gerade in dem Augenblicke gleich, wo der Abschluß des Friedens, wo die Rückkehr der deutschen Gefangenen in nächste Nähe gerückt ist. Die politische Rückwirkung, besonders auf unseren Nachbarn Frankreich, wäre kaum abzusehen. Weil beide Länder, Deutschland und Frankreich, im Kriege und durch den Krieg schwer gelitten haben, weil sie sich infolge ihrer volkswirtschaftlichen Struktur gegenseitig helfen können, hat die Logik der Dinge, die bisweilen stärker ist als das Gefühl der Menschen, gewisse Möglichkeiten der gegenseitigen Verständigung gezeigt. Trotzdem bleibt Frankreich nervös, weil es auch jetzt noch nicht das Gespenst des deutschen Angriffs loswerden kann. Daß der Antrag Lefèvre gerade in dem Augenblick eingebracht wurde, in dem der Ratifikation des Friedens in den Vereinigten Staaten Schwierigkeiten entstanden, in dem Frankreich an dem Zustandekommen des Schutzbündnisses mit England und Amerika zweifeln mußte, indem es die Möglichkeit künftiger isolierter Stellung gegenüber Deutschland in Betracht ziehen mußte, ist kein Zufall. Frankreich bleibt mißtrauisch und ängstlich. Wenn heute wirtschaftliche Bedürfnisse und Notwendigkeiten ein Mittel gegen den nationalfranzösischen Chauvinismus sind, so könnte, wenn das Balkikum nicht geräumt wird, eben der Nationalismus wieder die Oberhand gewinnen über das Bedürfnis wirtschaftlicher Verständigung. Die wirtschaftliche Kriegführung würde stärker einsetzen als je zuvor, die Verständigung wieder in weite Ferne gerückt, und die Lage Deutschlands könnte trostloser werden als je.

H. Kr.

Kommentare zur deutschen Räumungsnote.

Paris, 6. Oktober. (Havas.) Einige Blätter kommentieren die deutsche Note über die Räumung des Baltikums. Mehrere von ihnen erklären, daß Worte und Taten der ehemaligen Gegner der Entente sich doch zu sehr widersprechen hätten, als daß die Alliierten sich mit einem einfachen Versprechen und gutem Willen zufrieden geben könnten.

Ein Sieg der baltischen Landeswehr.

Der „Baltische Pressedienst" meldet: Die baltische Landeswehr hat einen glänzenden Sieg über die Bolschewisten erfochten. Nachdem an der Front bei Lievenhof fast drei Monate Stillstand geherrscht hatte, hat die baltische Landeswehr am 4. Oktober, unter Beihilfe lettischer Truppen, Lievenhof nach harnäckigem Kampfe genommen. Viel Kriegsmaterial und zahlreiche Gefangene fielen in die Hände der siegreichen Truppen. Ueberreinstimmend erklären die Gefangenen, daß von den Bolschewisti eine Offensive gegen Riga gep ant war, die bolschewistischen Truppen sich aber nicht dazu bewegen ließen, die Landswehr oder reichsdeutsche Truppen anzugreifen.

Die Ratifizierungen des Friedensvertrages.

Bekanntgabe durch England bevorstehend.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 7. Oktober.

Der „Temps" hält es für wahrscheinlich, daß die englische Regierung in den allernächsten Tagen die Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles durch das britische Reich offiziell bekanntgeben wird. Der Vertrag ist nun von allen Parlamenten der selbständigen Dominions und Kolonien ratifiziert, auch durch Britisch-Indien, wo die Ratifikation nicht der Zustimmung des Parlaments bedarf. Es fehlt nur noch die Unterschrift des Königs, die man für Ende dieser Woche erwartet.

Das Pressebureau Radio meldet aus Lyon, daß man in den Kreisen der Friedenskonferenz erwarte, Japan werde den Friedensvertrag gegen den 15. Oktober ratifizieren.

„Temps" hält es für wahrscheinlich, daß die britische Regierung den Mächten unverzüglich die Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles durch das britische Reich mitteilen wird.

Paris, 6. Oktober. (Havas.) Der römische Berichterstatter des „Petit Journal" meldet, daß der König von Italien den Vertrag von Versailles auf Grund der im letzten Ministerrat gefaßten Beschlüsse heute durch Dekret ratifiziert hat.

Lösung der Fiumekrise?

to. **Lugano**, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gut unterrichtete italienische Kreise halten, wie der „Corriere della Sera" berichtet, es für wahrscheinlich, daß die Lösung der Fiumefrage nahe bevorstehe. Man habe sich auf eine Formel geeinigt, die den nationalen Wünschen Italiens Genüge leiste.

Die Neuwahlen für die französische Kammer.

R. **Basel**, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In den Kreisen der französischen Kammer machen sich Bestrebungen geltend, den Termin für die Neuwahlen nicht, wie die Regierung es haben will, auf den 9., sondern erst auf den 16. November festzusetzen, da man glaubt, daß die Kammer mit ihren ihr noch verbleibenden Arbeiten nicht fertig werden könnte. Nach einer Havasmeldung sollen nun die Wahlen für die Begläkative auf den 16. November angesetzt worden sein. Vor Beginn der Wahlen wird Clemenceau in einigen Städten des Südwestens Propagandareden halten.

Der Besuch des spanischen Königspaares in Paris.

R. **Basel**, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Dem „Homme Libre" zufolge, soll der Besuch des spanischen Königspaares in Frankreich gegen den 29. Oktober stattfinden. Der spanische König und seine Gemahlin werden drei bis vier Tage in Paris verbleiben.

Das neue italienische Zensurdekret.

Bern, 6. Oktober. Zu dem neuen italienischen Zensurdekret schreibt in Uebereinstimmung mit der sozialistischen Presse die politikanischen Kreisen nahestehende „Rivista Politica Parlamentare", daß die Militärdiktatur in Italien in wenigen Wochen die Diktatur des Proletariats bringen würde.

Die Kompetenzen des Wirtschaftsrates.

Ueber die Kompetenzen des vorbereitenden Wirtschaftsrates erfahren wir, daß er alle die Rechte haben soll, die in der Verfassung für den endgültigen Reichswirtschaftsrat vorgesehen sind. Soziale und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sollen, bevor sie bei der Volksvertretung eingebracht werden, dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden, umgekehrt hat der vorbereitende Reichswirtschaftsrat das Recht der Initiative, er selbst kann Gesetzentwürfe der genannten Kategorie bei der Volksvertretung einbringen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Reichswirtschaftsrat hat dieser das Recht, sich unmittelbar mit der Nationalversammlung ins Benehmen zu setzen.

Die Gefangenentransporte über Köln.

J. Köln, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zahl der in den letzten Monaten über Köln geleiteten Gefangenenzüge ist auf 30 englische Transportzüge, 51 englische Lazarettzüge, 1 belgischen Krankenzug und einige französische Lazarettzüge mit zusammen 135000 deutschen Soldaten gestiegen. Die Feldküche des Kölner Proviantamtes hat in den letzten 14 Tagen täglich die durchkommenden deutschen Kameraden verpflegt.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß laut Nachricht aus Bern die Schwerverwundetentransporte aus Frankreich, die in den Tagen zwischen dem 7. und 14. Oktober in Konstanz eintreffen sollten, um eine Woche verschoben worden sind.

Amerika und der englisch-persische Vertrag.

Amsterdam, 6. Oktober. „Times" melden aus Teheran, daß die amerikanische Gesandtschaft in Teheran auf Veranlassung der amerikanischen Regierung ein Kommuniqué veröffentlicht hat, in dem es heißt, die amerikanische Regierung sei erstaunt über den vor kurzem abgeschlossenen englisch-persischen Vertrag, der darauf hinzudeuten scheine, daß Persien die Hilfe und Unterstützung Amerikas nicht wünsche. Die persische Presse brachte eine scharfe Antwort auf dieses Kommuniqué.

Belanglose Papiere in der Indet-Affäre.

R. **Basel**, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Nationalzeitung" wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die im Zusammenhang mit der Indet-Affäre vom französischen Gerichtskommissar im Tresor des Malers Hans Boßhard von Luzern im Crédit Lyonnais in Paris beschlagnahmten Papiere völlig belanglos seien.

Schweizer Anleihe zur Elektrisierung der Bahnen.

R. **Basel**, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Nationalzeitung" berichtet, schweben zurzeit zwischen der Eidgenossenschaft und amerikanischen Finanzleuten Verhandlungen wegen Aufnahme einer Anleihe, deren Ertrag für die Elektrisierung der Bundesbahnen bestimmt ist.

Der Bundesrat beabsichtigt die Neuanlage eines allgemeinen schweizerischen Wasserstraßennetzes.

Teilnahme an der Washingtoner Arbeitskonferenz.

Brüssel, 6. Oktober. (Havas.) „Le Peuple" teilt mit, daß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der in Amsterdam tagte, beschlossen habe, an der Washingtoner Arbeitskonferenz teilzunehmen.

Die schwierige Lage unserer Kriegsgefangenen.

Der schweizerischen Gesandtschaft ist vom Auswärtigen Amt in einer Verbalnote von einer Reihe von Vorfällen Kenntnis gegeben worden, die sich in amerikanischen Gefangenenkompagnien in Frankreich abgespielt haben und einen Beweis für die zumehmende schlechte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen und insbesondere für die Rücksichtslosigkeit bilden, mit der die Gefangenen im Wiederaufbaugebiet zu den härtesten und gefährlichsten Arbeiten herangezogen werden. Wir haben über diese Note schon in Nr. 489 unserer Zeitung berichtet und bringen jetzt weitere Einzelheiten.

So war im Juli d. J. eine Gruppe von Mannschaften der 98. Gefangenenarbeitskompagnie im Lager von St. Loubes mit dem Verbrennen von Pulver und Schießbaumwolle beschäftigt. Die Verkehrungen zum Schutze der Mannschaften gegen Explosionsgefahren waren nicht ausreichend, denn als tatsächlich eine größere Quantität der Explosivstoffe in Brand geriet, wurden die bei der gefährlichen Arbeit beschäftigten Gefangenen durch Stichflammen furchtbar verbrannt. 26 von den Unglücklichen sind gestorben und kaum drei bis vier dürften mit dem Leben davongekommen sein. Als die 98. Kompagnie später von der 101. Gefangenenkompagnie abgelöst wurde, weigerten sich die Leute erklärlicherweise, diese gefährliche Arbeit zu verrichten. Sie wurden dafür zunächst bei Wasser und Brot eingesperrt, und als sie sich trotzdem weigerten, zur Arbeit zu gehen, erhielten sie nichts zu essen. Drei Tage hindurch wurde ihnen tatsächlich die Nahrung entzogen. Dann erhielten die Gefangenen wieder 450 Gramm Brot für den Tag, aber es wurde ihnen gedroht, daß sie wegen Meuterei bestraft werden würden, falls sie weiterhin die Arbeit verweigerten. Schließlich gaben die Gefangenen, durch Hunger gezwungen, ihren Widerstand auf, und nun wurden die entkräfteten Leute gezwungen, beim Verladen von Munition die schwersten Anstrengungen auf sich zu nehmen. Jeder von ihnen hatte mindestens 100 Zentner täglich zu verladen.

Die allgemeinen Lebensverhältnisse der deutschen Gefangenen sind kläglich. Für eine schwere Tagesarbeit von neun Stunden bei 30 bis 40 Grad Hitze bekommen sie nur 20 Centimes für den Tag, während französische Arbeiter, die sehr viel leichtere Arbeit zu verrichten haben, täglich 20 bis 30 Frank verdienen. Noch eine Reihe weiterer Tatsachen sprechen dafür, daß die Behandlung der deutschen Gefangenen in verschiedenen amerikanischen Lagern eine wesentliche Verschlechterung erfahren hat.

Zu den diesen günstigen Nachrichten, die vor Eintritt des Waffenstillstandes aus amerikanischen Lagern hierher gelangt sind, stehen diese Tatsachen in bedauerlichem Gegensatz. Besonders zahlreiche Klagen gehen aus dem Lager von Is sur Tille ein. Dort sind die Baracken nicht gedrängt belegt, es gibt weder Bänke noch Tische. Als einzige Sitzgelegenheit haben die Leute ihr Bett, aber es ist verboten, die Betten am Tage zu benutzen, so daß die Leute während der Mittagsstunden und abends von 5 Uhr bis zum Schlafengehen keine Sitzgelegenheit haben. Die einzelnen Gefangenenkompagnien in einem Lager sind durch Stacheldraht voneinander getrennt, so daß sie miteinander nicht verkehren können, wie dem überhaupt die Bewegungsfreiheit stark eingeengt wird.

Weiterhin ist in dem amerikanischen Gefangenenlager von Tours seit dem 17. Juli ein Befehl zu lesen, in dem es heißt, daß die Unterbringung der Gefangenen gut ist" und daß deshalb Beschwerden unterbleiben müßten. Bei weiterer Beschwerde würde der Sportplatz und der Rundgang durch Lager verboten werden. Dieser Befehl wird von den Leuten als blutiger Hohn aufgefaßt, da auch in den Gefangenenlagern von Tours die Behandlung einfach menschenunwürdig ist. Auch dort fehlt es an Tischen, Sitzgelegenheiten und an einer Einrichtung zur Reinigung der Wäsche. Mannschaften, die beim Hissen und Niederziehen der amerikanischen Flagge die vorgeschriebenen Ehrenbezeigungen unterlassen, werden mit Arrest bestraft.

In der Verbalnote wird die Vermittlung der Schweizerischen Regierung dafür erbeten, daß diese Tatsachen zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht und schärfster Einspruch dagegen erhoben wird, und die Schweizerische Regierung gebeten, sich zugleich der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand anzunehmen, damit ihnen eine Erleichterung ihres Loses zuteil wird. Da die britische und die französische Regierung Vertretern der Schutzmächte den Besuch der im Wiederaufbaugebiet gelegenen Lager gestatteten, so dürfte auch die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein, den Vertretern der Schweiz den Besuch der Kriegsgefangenenlager zu gestatten. Es wird daher ersucht, nach Einholung dieser Genehmigung einen oder mehrere Vertreter so bald wie möglich zu entsenden, um die Lager der deutschen Gefangenen in amerikanischer Gewalt zu besuchen und über die vorhandenen Mißstände an Ort und Stelle Ermittlungen anzustellen.

Programmrede des Reichskanzlers Bauer.

Die heutige Reichstagssitzung.

Die Rede, mit der Reichskanzler Bauer die heutige Sitzung des Reichstags eröffnete, will zu Beginn der Wintertagung des Parlaments die Stellung und die Absichten der Reichsregierung nach innen und nach dem Auslande umgrenzen und einen politischen Rahmen für die gesetzgeberischen Arbeiten und die politischen Auffassungen des Kabinetts geben. Eine solche großzügige programmatische Darlegung war um so mehr geboten, als durch den Eintritt dreier demokratischer Mitglieder in das Kabinett die politische Grundlage desselben aufs neue fixiert werden mußte, und als das Reich angesichts der bald bevorstehenden Ratifizierung des Friedens, vor allem aber der Gefährdung durch die baltische Angelegenheit, sich in einem Zustand der Ungewißheit befindet, der eine starke Unruhe in das Volk getragen hat.

In den innerpolitischen Darlegungen des Kanzlers muß zunächst die Feststellung gemacht werden, daß durch die Umbildung des Kabinetts das Programm der früheren Regierung keine Veränderung erfahre. Die Mitteilungen, die hierüber während der Verhandlungen mit den Demokraten durch die Oeffentlichkeit gingen, waren also falsch oder doch schief. Dies ist auch zu verstehen, wenn man daran denkt, daß die programmatische Bewegungsfreiheit des Kabinetts bedingen nur eine beschränkte sein kann, weil es entschlossen ist, nach Erledigung der der Nationalversammlung noch zustehenden gesetzgeberischen Arbeiten die Neuwahlen vorzunehmen, welche die parteipolitische Schichtung des deutschen Volkes neu feststellen sollen. Nach den Mitteilungen des Kanzlers werden diese nicht vor dem nächsten Frühjahr, jedenfalls aber zu dem früheren Termin vorgenommen werden, den die Arbeitskraft und die Arbeitswilligkeit der Nationalversammlung möglich macht.

An die Spitze des inneren Programms stellte der Kanzler die erfreuliche Mitteilung, daß Anzeichen der Gesundung unseres Volkskörpers zu bemerken seien. Ein Zug nach Arbeit gehe durch das Volk, besonders durch die Arbeiter. Die wilde Streiklust habe etwas nachgelassen, wenn auch immer noch zwiel gestreikt wird. Die Regierung lege Wert darauf, zu betonen, daß am Streikrecht nicht gerüttelt werden soll. Aber man erwartet, daß dieses Recht durch das Verantwortungsgefühl und die Selbstzucht der Arbeiter maßvoll ausgeübt wird. In der anderen Zerfallserscheinung unserer Zeit, der Korruption, ist leider eine Besserung noch nicht zu verspüren; Wucher- und Schiebertum stehen noch in voller Blüte, gegen sie soll erbarmungslos vorgegangen werden, namentlich gilt es, das Beamtentum von unlauteren Elementen zu reinigen.

Der sozialpolitische Gesichtspunkt der Regierung, daß es sich nicht darum handle, den arbeitenden Schichten eine Gnade zu gewähren, sondern daß Rechte abzugrenzen sind, wird seinen Ausdruck vor allem im Betriebsrätegesetz finden, dessen unveränderte Annahme der Kanzler für wahrscheinlich hält. Auch das Wirtschaftsrätegesetz wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden. Beide Gesetze, die dem § 165 der Reichsverfassung den Inhalt geben werden, sollen, wie der Kanzler sich ausdrückte, das Hausherrnrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben begründen, als dessen wohltätige Folge für die Gesamtwirtschaft dann allerdings erwartet werden muß, daß der Rätegedanke als parteipolitisches Schlagwort aus der Diskussion verschwindet. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst zu Anfang des Jahres stattfinden.

Neben dieser sozialen Fürsorge für die Arbeiterschaft ist die Sicherung des Produktionsprozesses vor mutwilliger Erschütterung eine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit. Ihr soll eine großzügige Neuregelung des Schlichtungswesens gerecht werden. Wie die Zivilprozeßordnung die Rechtsmittel der Parteien feststellt und abgrenzt, so soll eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf bereits vorliegt, die Gewähr für eine ordnungsmäßige Besetzung der Schlichtungsausschüsse und für ein geregeltes Verfahren geben. Das letzte Ziel dieser wichtigen Neuordnung ist das obligatorische Schiedsgericht, so daß an Stelle des wirtschaftlichen Faustrechts ein geregeltes Verfahren tritt, dessen Entscheidung sich auch der widerstrebende Teil zu fügen hat.

Der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten soll ein Gesetz über den Einstellungszwang gerecht werden. Daneben ist die Neuregelung der Militärrentenversorgung vorgesehen, die nicht mehr nach Dienstgraden, sondern nach sozialen Gesichtspunkten aufgebaut sein wird. Auch dieses Gesetz soll noch in diesem Winter verabschiedet werden. Die praktische Wirksamkeit des Siedlungsgesetzes vom August dieses Jahres, von dem der Kanzler sagt, daß es nur auf dem Papier stehe, soll durch ein Reichsheimstättengesetz, das in Bälde vorgelegt werden wird, mit Hilfe der Einzelstaaten erreicht werden. Ferner ist ein Arbeitszeitgesetz zur Sicherung des Achtstundentages und ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung in Vorbereitung.

Die Wirtschaftsfragen, welche die Reichspolitik zurzeit besonders bedrängen, Valuta, Kohle, Transport und Erzeugung, waren schon kürzlich Gegenstand der Debatte im Reichstag. Der Kanzler stellte hierzu fest, daß in diesen betrübenden Bild wenigstens ein Aktivum festzustellen sei: die Kohlenförderung ist in die Höhe gegangen, wenn sie auch noch nicht auf die Höhe einer ausfuhrfähigen Industrie gestiegen ist. Vor allen Dingen tut not eine Besserung des Transports und mehr Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten, von der noch bezeichnend wenig zu spüren ist. Im Ruhrrevier ist die Einstellung von 38000